

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نپاشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Aus: Ausgabe vom 31.08.2017, Seite 8 / Ansichten

Von Jürgen Grässlin

01.09.2017

Blutiges Geschäft

Überprüfung von Rüstungsexporten



Gehäuse für Gewehre von Heckler & Koch

Foto: Bernd Weißbrod/dpa

Jürgen Grässlin ist Bundessprecher der DFG-VK und von »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!«

Drei Wochen vor dem Wahltag hat die deutsche Sozialdemokratie ihr ethisches Vorzeigeprojekt hervorgezaubert: den sauberen Waffenhandel. Unter der SPD würden Rüstungsexporte ohnehin zurückhaltend gehandhabt, jeder Einzelfall werde genau geprüft und neuerdings sogar im Empfängerland Indien per Post-shipment-Kontrolle konsequent kontrolliert. Verantwortlich für diese erfolgreiche Friedenspolitik sei das SPD-geführte Bundeswirtschaftsministerium, das Wort gehalten habe. Schließlich hatte Sigmar Gabriel im Sommer 2013 wohlige Worte gewählt: Werde er Wirtschaftsminister, dann werde der

Waffenhandel restriktiv beschieden, Kriegswaffenlieferungen an Diktatoren und Unterdrückerregime würden unter seiner Ägide strikt unterbunden. Dass das Gegenteil der Fall war und immer neue Rekordzahlen bei Rüstungsexportgenehmigungen für Waffentransfers auch in Krisen- und Kriegsgebiete erzielt wurden, weiß jeder, der es wissen will.

In keinem anderen Bereich wird seit Jahrzehnten schamloser gelogen als bei der Behauptung, der Verbleib exportierter Kriegswaffen sei gewährleistet. Die Liste gebrochener Endverbleibserklärungen ist ebenso lang wie blutig. Ungehemmt hat die Türkei befreundete Staaten im Nahen und Mittleren Osten sowie Indonesien mit in deutscher Lizenz gefertigten MP-5-Maschinenpistolen versorgt – ohne bestraft zu werden. Jahrelang belieferten die saudischen Lizenznehmer des Schnellfeuergewehrs »G 3« die Kriegstreiber in Sudan und Somalia. Die Regenten in Riad wurden dafür von der Bundesregierung unter Führung von Merkel und Steinmeier 2008 mit einer Lizenzproduktion für das Sturmgewehr »G 36« belohnt. Ebenso lieferte Heckler und Koch Abertausende G-36-Gewehre an das Verteidigungsministerium in Mexiko-Stadt, von wo aus mit Wissen der H&K-Geschäftsführung – unter Bruch der Endverbleibserklärungen – vier mexikanische Unruheprovinzen mit Kriegswaffen vollgepumpt wurden. Die Waffen wurden nie zurückgeholt.

Ab jetzt wird alles anders, sagt Staatssekretär Matthias Machnig (SPD). Die Pilotphase der allerersten Vor-Ort-Überprüfung sei in Indien erfolgreich angelaufen. Viel wichtiger aber wäre, den unter Merkel und Gabriel erfolgten Export von G-3- und G-36-Sturmgewehren aus dem Kriegsland Irak rückgängig zu machen. Dort nämlich haben Peschmerga H&K-Sturmgewehre der Bundeswehr auf dem Waffenmarkt verscherbelt. Bedient haben sich die Mörderbanden des IS.

Wahltag ist auch Zahltag. Bleibt zu hoffen, dass die Bürger für eine Partei stimmen, die dem Schrecken ein Ende setzt. Letztlich ist der einzig effiziente Weg, den Endverbleib von Kriegswaffen zu kontrollieren, ein Rüstungsexportverbot. Denn Waffen bleiben selten dort, wohin sie geliefert werden. Sie wandern zu demjenigen, der den höchsten Preis zahlt. Mit ihrem Leben zahlen unterdessen die Millionen Opfer der deutschen Rüstungsexportpolitik.